

Darauf stellte Bert Walckolbinger (AKJÖ einen Antrag auf Erweiterung des KOA um 2 Personen: Svihalek (ÖGJ) und Lopatka (JVP-Stmk). Eine überwältigende Mehrheit im Plenum sprach sich dagegen aus. Nachdem nun Walckolbinger erklärte das bedeute den Ausschluß des organisierten katholischen Bereichs aus der Gesamtsöster. FB herrschten Betroffenheit, Nervosität und Aufgebrachtheit im Plenum. Eine nochmalige Abstimmung brachte nun eine Mehrheit für den Antrag von Walckolbinger.

Der erweiterte KOA wird einen Vorschlag für den Aufruf für die Aktionswoche vom 7.-15. Mai erarbeiten, der beim nächsten Plenum diskutiert wird. Die in diesem Plenum nicht behandelten Tagesordnungspunkte stehen ebenfalls in Linz auf dem Programm.

ANDREA

Bericht vom Arbeitskreis Umriistung.

(Kapfenberg, 14. Jan. 84)

Die Rüstungsproblematik rückte in letzter Zeit durch die geplanten Massentlassungen (z. B. rund 900 bei Steyer) wieder etwas in den Vordergrund. Die Entlassenen stammen jedoch nur zu einem geringen Teil aus der eigentlichen Rüstungsproduktion; z. B. sind von 500 Beschäftigten in der Handfeuerwaffenproduktion (größtenteils Frauen) "nur" ca. 200 betroffen. Erwähnt soll auch werden, daß Steyer allein durch die Zinskosten für die auf Halde produzierten Panzer in den letzten 3 Jahren einen Verlust von 1 Mrd. ÖS "erwirtschafteten" - deshalb: Umrüsten um Arbeitsplätze zu sichern!

Vertreten waren bei dieser Sitzung Aktivisten/innen aus Steyr, Kapfenberg, Eisenberg und der VOEST. Die allgemeinen Bestrebungen orientieren sich an der Schaffung örtlicher Umriistungskomitees wie dies etwa in Steyr der Fall ist. Diese Komitees sollen in Zukunft stärker als bisher mit den direkt Betroffenen zusammenarbeiten, d. h. diese vor allem über die reale Situation informieren. Ausdrücklich festgehalten wurde allgemein, daß bei den betroffenen Arbeitern/innen moralische Ansprüche im Verhältnis zur Angst um

84 eine Novelle zum ZD-Gesetz beschlossen werden soll, wurde folgende Erklärung erarbeitet:

- Volle Anerkennung des Rechts auf Wehrdienstverweigerung in Österreich. Dieses Recht ist derzeit durch die Einbindung des ZD in die ULV nicht gewährleistet - daher: Ausgliederung des ZD aus der ULV.

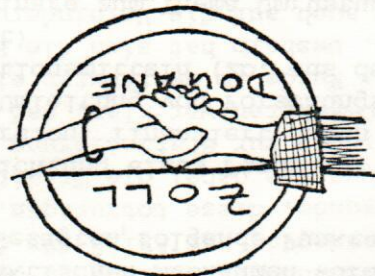
- Ausweitung der Tätigkeit der Zivildienstleistenden auf den Friedenspädagogischen Bereich und Zulassung von dieser Arbeit entsprechenden neuen Trägerinstitutionen.

- Ersatzlose Streichung der Gewissensprüfung (keine ZD-Kommission, keine schriftliche Begründung)

Darauf basieren 4 Aktionsvorschläge, die ebenfalls mehrheitlich vom Plenum angenommen wurden:

1. Presseerklärung (Presse, Minister Blecha, Mitglieder des Ausschusses für Innere Angelegenheiten)
2. Postkartenaktion der FB
3. Delegation zu Minister Blecha
4. Besuch der Ausschubmitglieder

Zudem wird auch ein Wehrdienstverweigererfest geplant.



4.) Im AK Aktionsformen und Strukturen wurden folgende Aktionsvorschläge diskutiert: Internat. Freundschaftstreffen (ev. Herbst 84), grenzüberschreitende Aktionen, Friedenswoche (7.-15. Mai), Wehrdienstverweigererfest (Mai).

Am Koordinationssauschub der gesöster. FB (KOA) wurde in folgenden Punkten Kritik geübt: ungünstige Sitzungszeiten (Vormittags, unter der Woche); zu starke politische Aussagen; Kompetenzüberschreitungen.

Im Plenum wurde zunächst der Termin und Ort des nächsten österreichweiten Plenums festgelegt: SO 4. März in Linz.

Ein Sprecher der oberöster. FB erklärte, daß sie die organisatorische Abwicklung der Konferenz in Linz, nicht aber die Funktion des KOA (z. B. die Erarbeitung von Aufrufen) übernehmen werden.